

Nr. 18/962**Fragestunde**

1. Anpassung der bremischen Bildungsstandards an die Beschlusslage der Kultusministerkonferenz (KMK)
Anfrage der Abgeordneten Patrick Öztürk, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 25. Februar 2014
 2. Kreatives Europa – auch in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Februar 2014
 3. Akzeptanz von Dokumenten in englischer Sprache für die Anerkennung ausländischer Qualifikationen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2014
 4. Die Möglichkeit von zwei Einschulungsterminen im Jahr auf weitere Grundschulen ausweiten
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dr. Stephan Schlenker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2014
 5. Förderung von natürlichen Geburten im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Doris Hoch, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Februar 2014
 6. Touristische Vermarktung der Besuchergalerie des CCCB
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 26. Februar 2014
 7. Gülen-Bewegung im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 26. Februar 2014
 8. Höchstversorgungssatz der Pensionen bei bremischen Beamten
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Februar 2014
 9. Eingeschränkte Dienstfähigkeit bei der Polizei und Feuerwehr im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. Februar 2014
 10. Herzinfarktversorgung im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Winfried Brumma, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 27. Februar 2014
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Mindestlöhne für Taxifahrerinnen/Taxifahrer
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Wolfgang Jägers, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 27. Februar 2014

12. Pilotprojekt „Leichte Sprache in der Justiz“
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2014
13. Wie beteiligt sich Bremen am Prüfverfahren zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. Februar 2014
14. Einsatz des Warnschussarrestes im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Gabriela Piontkowski, Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 7. März 2014
15. Gesetzesverstöße bei öffentlichen Aufträgen
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Jägers, Dieter Reinken, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 11. März 2014
16. Schwarzarbeit im Taxigewerbe: Missstände in Elfenbeinweiß?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 11. März 2014
17. Beauftragung der IT-Firma CSC Deutschland Services GmbH
Anfrage der Abgeordneten Carl Kau, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. März 2014
18. Kundendatei Kinderpornografie
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 17. März 2014

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 18/963

Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung

Antrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 26. März 2014
(Neufassung der Drucksache [18/1298](#) vom 11. März 2014)
(Drucksache [18/1337](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 26. März 2014

(Drucksache [18/1338](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung ein. Er hat folgende Aufgaben:

1. Beratung von sozioökonomischen, strukturellen und individuellen Ursachen von Armut und Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Armut.
2. Beratung von Vorschlägen des Senats und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zur Armutsbekämpfung, zur Erhöhung gesellschaftlicher Teilhabe und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, insbesondere aber auch die Anhörung von Betroffenen, von Expertinnen und Experten, von Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, die mit der Beratung von armutsgefährdeten und armutsbetroffenen Personen befasst sind oder aus der Selbstorganisation betroffener Personenkreise entstanden sind.

3. Beratung der besseren Verzahnungsmöglichkeiten von bereits bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Armut.
4. Begleitung aller Angelegenheiten, die den Bereich Armutsbekämpfung und Armutsprävention betreffen.

Eine Rolle spielen sollen dabei unter anderem Beratung und Vorschlag von Konzepten – auch unter Bewertung der Wirksamkeit und Effizienz des Mitteleinsatzes –

- für existenzsichernde Einkünfte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den Schutz von Menschen mit geringem Einkommen sowie deren Schutz vor Ausbeutung und das Schließen der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen;
- für nachhaltig und passgenau ausgerichtete arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Vermittlung, Qualifizierung und Beschäftigungsförderung von Arbeitslosen und Schaffung niederschwelliger Beschäftigungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen, die mittelfristig keine Aussicht auf reguläre Beschäftigung haben;
- für nachhaltig ausgerichtete sozialräumliche Instrumente, die die Betroffenen stärken und ihnen gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen, und Schutz von Sozialleistungsbeziehenden und -beziehern gegen Diskriminierung und Ausbeutung;
- zur Kinderarmut und der Rolle von frühkindlicher Bildung und Kinderbetreuung bei der Bekämpfung von Armut;
- für bildungspolitische Strategien zur Förderung armutsgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener und eine Verzahnung mit außerschulischen Bildungsangeboten;
- für Ausbildung und Arbeit als zentrale Faktoren der sozialen Teilhabe und des Ausstiegs aus Armut, unter Einbeziehung der regionalen Wirtschaft;
- für den Umgang mit Krankheit und Behinderung als Armutsrisiko, zur Verbesserung von Gesundheitsversorgung als Armutsprävention;
- für ältere Menschen, insbesondere zur Vermeidung von Altersarmut;
- für die besondere Lebenssituation von Alleinerziehenden, die besonders häufig von Armut betroffen sind;
- für Menschen mit Migrationshintergrund, hier insbesondere bezogen auf ältere Menschen, Asylsuchende, Flüchtlinge und generell Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus;
- zur Verbesserung der Versorgung mit günstigem Wohnraum für sozial benachteiligte Menschen in Bremen und Bremerhaven und zur Verhinderung von sozialer Entmischung in den Wohnquartieren;
- zur stärkeren Berücksichtigung der sozialen und sozioökonomischen Lage und Lebenssituationen in den Diversity-Konzepten des Senats.

Der Ausschuss legt der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht über das Ergebnis seiner Beratungen und der sich daraus ergebenden Konsequenzen vor.

Der Ausschuss besteht aus zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern.

Nr. 18/964

Wahl von zwölf Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung:

Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
Böschchen, Sybille (SPD)	Güngör, Sanem (SPD)
Garling, Karin (SPD)	Kottisch, Andreas (SPD)
Krümpfer, Petra (SPD)	Öztürk, Patrick (SPD)
Möhle, Klaus (SPD)	Ryglewski, Sarah (SPD)
Weigelt, Helmut (SPD)	Vogelsang, Rolf (SPD)
Dr. Güldner, Matthias (Bündnis 90/Die Grünen)	Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Mohammadzadeh, Zahra (Bündnis 90/Die Grünen)
Willmann, Frank (Bündnis 90/Die Grünen)	Dr. Schlenker, Stephan (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)	Ahrens, Sandra (CDU)
Kastendiek, Jörg (CDU)	Grönert, Sigrid (CDU)
Röwekamp, Thomas (CDU)	Dr. Yazici, Oguzhan (CDU)
Vogt, Kristina (DIE LINKE)	Erlanson, Peter (DIE LINKE)

Nr. 18/965

EFRE-Programm 2014 bis 2020 sozialer gestalten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. März 2014
(Drucksache [18/1316](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/966

Normenkontrollantrag der Länder Bayern und Hessen zum bundesstaatlichen Finanzausgleich (2 BvF 1/13): Stellungnahme der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 26. März 2014
(Drucksache [18/1336](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und
Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/967

Krankenhausversorgung in Bremen und Bremerhaven sicherstellen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Februar 2014
(Drucksache [18/1253](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/968

Krankenhausversorgung im Land Bremen durch kommunale Beteiligung ver- bessern und sicherstellen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 24. März 2014
(Drucksache [18/1321](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/969

Sexuellem Missbrauch von Schutzbefohlenen wirksamer entgegenzutreten

Antrag der Fraktion der CDU
vom 19. Februar 2014
(Drucksache [18/1269](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 18/970

Zwischenbericht zum Entwicklungsplan Partizipation und Integration: Integration im Handlungsfeld Beschäftigung

Mitteilung des Senats vom 18. Februar 2014
(Drucksache [18/1263](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 18/971

Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. April 2013
(Drucksache [18/854](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/972

Einstellungsquote von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Dienst erhöhen

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 26. Februar 2014
(Drucksache [18/1291](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die von der Senatorin für Finanzen mit Schreiben vom 7. November 2013 vorgeschlagenen Maßnahmen (Anlage I des Berichtes) umzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 18/973

Kompetenz der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung küstennah sichern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 25. März 2014
(Neufassung der Drucksache [18/1292](#) vom 3. März 2014)
(Drucksache [18/1335](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Absicht der Bundesregierung, trotz knapper Ressourcen ein leistungsfähiges Wasserstraßenmanagement sowie Leichtigkeit und Sicherheit des Schiffsverkehrs nachhaltig zu gewährleisten. Sie erwartet jedoch, dass bei der Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) die Bedürfnisse der maritimen Wirtschaft sowie die wirtschaftlichen Folgen für das Land Bremen und die übrigen Küstenländer angemessen berücksichtigt werden.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Zuge der WSV-Reform unterhalb der Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt (GDWS) die Kompetenzen für die maritimen Aufgabenbereiche küstennah gebündelt werden. Über den Standort muss in enger Abstimmung mit den Küstenländern sowie den „Kunden“ und Beschäftigten der WSV entschieden werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen fortlaufend über den Umsetzungsstand der WSV-Reform zu unterrichten und dabei insbesondere über die Entwicklung der für Seeschifffahrt und Küste relevanten Organisationsüberlegungen und -schritte zu berichten.

Nr. 18/974

7. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 8. März 2013 (Drucksache [18/806](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 7. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/975

Stellungnahme des Senats zum 7. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1038](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 7. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/976

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 7. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 8. März 2013 (Drs. [18/806](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 27. August 2013 (Drs. [18/1038](#)) vom 4. März 2014

(Drucksache [18/1293](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/977

35. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 8. März 2013

(Drucksache [18/805](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 35. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 18/978

Stellungnahme des Senats zum 35. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 27. August 2013
(Drucksache [18/1037](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 35. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 18/979

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 35. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 8. März 2013 (Drs. [18/805](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 27. August 2013 (Drs. [18/1037](#)) vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1305](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 18/980

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bericht, Konzept und Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von EU-Bürgerinnen und -bürgern aus Bulgarien und Rumänien im Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 11. März 2014
(Drucksache [18/1302](#))
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. November 2013
(Drucksache [18/1178](#))
2. Lesung
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes – Sexuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt im Sexualkundeunterricht
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Bildung
vom 12. März 2014
(Drucksache [18/1307](#))
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 25. März 2014
(Drucksache [18/1323](#))
4. Bremische Häfen abrüsten: Waffen- und Munitionsumschlag landesrechtlich verhindern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. März 2014
(Drucksache [18/1315](#))

